



## Presseinformation

### Bundesjustizministerin Lambrecht kündigt härtere Strafen gegen rechtsextreme Hetze an

- **Demokratie durch Rechtsextremismus akut gefährdet**
- **Experte warnt vor Beschleunigung der Radikalisierung: „Corona-Demos sind längst gekapert“**
- **Diskussionsrunde aus Kassel im Internet abrufbar**

**Kassel, 12. Mai 2020.** Rechtsradikale Angriffe auf die demokratische Gesellschaft in Deutschland sollen künftig schärfer verfolgt werden. Das kündigte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) jetzt anlässlich einer Diskussionsrunde im Vorfeld des Jahrestages der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten an. „Keinen Millimeter weiter! Wer etwa Menschen im Internet mit dem Tod droht, der muss wissen, dass der Staat ihn strafrechtlich verfolgt“, sagte Lambrecht. Den Rechtsextremismus bezeichnete sie „als die aktuell größte Bedrohung für unsere friedliche und offene Gesellschaft.“ Eindringlich warnte der hessische Bundestagsabgeordnete Michael Brand (CDU) in der Diskussionsrunde vor Angriffen auf die Stabilität unserer Gesellschaft: „Unsere Demokratie ist durch Rechtsextremismus akut gefährdet. Ihre Feinde arbeiten offen gegen uns“. Brand sprach sich dafür aus, den Verfolgungsdruck deutlich zu erhöhen: „Unser Staat muss sich wehrhaft zeigen und hart durchgreifen.“ Rechtsextremismus-Experte Olaf Sundermeyer bezeichnete die jüngsten Gesetzesinitiativen der Bundesregierung als Schritt in die richtige Richtung, fürchtet jedoch, dass die weitere Radikalisierung sich so schnell beschleunige, dass „Staat und Politik nicht hinterherkommen.“

Trauriger Anlass der Diskussionsrunde war die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke vor knapp einem Jahr (2. Juni 2019). Eingeladen hatte zu der Diskussionsrunde die Kasseler Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“. Übertragen wurde die

**Kontakt für Medien:**

**Initiative „Offen für Vielfalt“**

Dagmar Krauß  
Mobil: +49 1520 93 75 923

Michael Sasse  
Mobil: +49 171 339 7217

Web: [www.offenfuervielfalt.de](http://www.offenfuervielfalt.de)

ursprünglich mit Publikum geplante Veranstaltung live im Internet. Eine Aufzeichnung kann ab sofort auf [www.offenfuervielfalt.de](http://www.offenfuervielfalt.de) abgerufen werden.

„Die rechtsextremistischen Gewalttaten von Kassel, Halle und Hanau sind keine Einzelfälle: Sie sind nur die Spitze des Eisbergs rechter Hasskriminalität“, betonte Bundesjustizministerin Lambrecht: „Dem Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke ging unerträgliche Hetze von Rechtsextremisten voraus. Wir müssen diese Spirale von Hass und Gewalt stoppen und unsere Demokratie schützen. Wer im Netz hetzt und droht, wird künftig effektiver verfolgt und härter bestraft.“

### **Bereits 351 Strafverfahren wegen Hetze im Netz in Hessen**

Zentrale Themen der Diskussionsrunde waren eine Verschärfung des Strafrechts, die nationale wie internationale behördliche Zusammenarbeit sowie entsprechende Meldevorschriften für die Telekommunikationsunternehmen und Plattformbetreiber, um eine bessere Strafverfolgung zu ermöglichen.

„Wir dürfen Hass und Hetze nicht unkommentiert und unwidersprochen stehen lassen. Worte und Taten müssen auch im digitalen Raum Konsequenzen haben“, erklärte Hessens Justizministerin Eva Kühne-Hörmann, die auch Schirmherrin des Aktionsplans „Hessen gegen Hetze“ ist. 19.000 entsprechende Meldungen seien seit November eingegangen. In 351 Fällen werden in Hessen jetzt strafrechtliche Ermittlungsverfahren von mittlerweile 22 Internet-Staatsanwälten geführt, berichtete Kühne-Hörmann.

### **„Corona-Demonstranten wollen Staat und Gesellschaft vorführen“**

Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Aggressivität und die Vernetzung der rechtsextremen Szene in Deutschland kontinuierlich wachsen und eine steigende Gefahr für unsere Demokratie darstellen. Extremismusexperte Olaf Sundermeyer warnte in diesem Zusammenhang vor den sogenannten Corona-Demonstranten. „Spätestens seit dem vergangenen Wochenende ist klar: Das einzige Ziel, das die Corona-Demonstranten haben, ist diesen Staat und die Gesellschaft nicht nur vorzuführen, sondern herauszufordern. Und zwar in einer Art und Weise, dass die Polizei den Rechtsstaat nicht mehr durchsetzen kann.“

### **Kassel: Strukturelle Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus fehlt**

Kritisch beleuchtet wurde auch die Situation in Nordhessen. „Der Mord an Walter Lübcke ist kein isoliertes Ereignis. Er hat ein Umfeld mit Anknüpfungspunkten und einem Milieu, aus dem es sich speist. Kassel hat ein Problem mit einigen wenigen rechtsextremen Gewalttätern“, erklärte Extremismusexperte Sundermeyer: „Es ist gut, wenn sich wie in Kassel die Zivilgesellschaft aktiv engagiert und Zehntausende auf die Straße gehen. Aber eine Kommune muss sich auch strukturiert und dauerhaft mit Rechtsextremismus auseinandersetzen.“ Es gebe andere Städte in vergleichbarer Situation, die die Probleme erkannt, Studien durchgeführt und analysiert hätten, um anschließend dauerhaft als Stadtverwaltung, als Bündnis darauf zu reagieren. Eine aktive, strukturelle Auseinandersetzung gebe es im Unterschied zu anderen Kommunen in Kassel bislang aber nicht. Stattdessen verschließe man die Augen und wolle Gefahren, die von neonazistischen Organisationen im Umfeld ausgehen, nicht erkennen oder ausreichend wahrnehmen.

Anerkennende Worte fanden die Diskussionsteilnehmer übereinstimmend für die Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“. „Wenn es Initiativen wie „Offen für Vielfalt“ in jeder Stadt gäbe, dann wären wir im Kampf gegen Rechtsextremismus einen deutlichen Schritt weiter“, sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht.

Um ein deutliches Signal für eine starke Demokratie und eine offene Gesellschaft zu setzen, hatte die Kasseler Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“ im Vorfeld des Jahrestages der Ermordung Walter Lübckes die Diskussionsrunde zum Thema „Demokratie stärken!“ veranstaltet. Neben der Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD), dem Rechtsextremismus-Experten und Buchautor Olaf Sundermeyer, dem Bundestagsabgeordneten Michael Brand (CDU) aus Fulda und der Hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) diskutierten Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung zur Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft, und die jüngste Kommunalpolitikerin in ihrer Region, Hulda Kalhorn aus Greifswald. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Amira El Ahl, Moderatorin und Redakteurin der Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) in Kassel. Die Diskussionsrunde ist live im Internet von der HNA übertragen worden.

**Eine Aufzeichnung der Sendung ist ab sofort unter [www.offenfuervielfalt.de](http://www.offenfuervielfalt.de) zu sehen.**

In der Kasseler Demokratieinitiative „Offen für Vielfalt“ engagieren sich 22 Kasseler Unternehmen, Vereine und Institutionen und sorgen mit Veranstaltungen, Infoständen auf Demonstrationen und Sportevents und mit konkreter Projektunterstützung dafür, dass der Diskurs für eine offene Gesellschaft in und um Kassel sowie Nordhessen lebendig bleibt.

### **Über die Initiative „Offen für Vielfalt“**

*Im Spätsommer 2018 wurden in Chemnitz Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder ihres Einsatzes für Demokratie zu Zielscheiben. Die Medien sprachen von „Hetzjagden“, schockierende Videos waren zu sehen. Gemeinsam wollten fünf in Kassel ansässige Unternehmen – die Hübner GmbH, die Schaltbau Bode Gruppe, die K+S Aktiengesellschaft, die Kasseler Sparkasse und Wintershall Dea – im Oktober 2018 mehr als sich empören und ein klares Zeichen für ein vielfältiges Miteinander setzen. Zeigen, dass sie sich Werten wie Respekt, Toleranz und Dialogbereitschaft verpflichtet fühlen – und dass Wirtschaftsunternehmen diese Vielfalt brauchen und davon profitieren. Gemeinsam starteten sie die Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“. Mit steigender Tendenz versammeln sich aktuell 22 Unternehmen und Organisationen, darunter wissenschaftliche Institutionen und Bundesligavereine, als Partner unter dem Dach der Initiative. Sie bündeln ihre Kräfte und nutzen gemeinsam Netzwerke.*